

Dresdner Volkszeitung

Vollstreckungsamt: Dresden
Soden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postamt: Schf. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeigenteil
und Beamten, A.-G., Dresden.
Gebrüder Krenbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen (Kontingenz) ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Grundpreis: einschließlich Frachtkosten mit der täglichen Unter-
haltungszeitung 20 Pf., die 90 mm breite Beilagezeitung 20 Pf., für auswärtige
Abnehmer 25 Pf., die 90 mm breite Beilagezeitung 25 Pf., für auswärtige
Abnehmer 30 Pf., und 250 Pf. Familienanzahlungen, Stellen- und Mit-
telungen 40 Pf., Anzeigenteil für Vertriebsunterstützung 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinweg 18, Dresden, Nr. 521. Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Wettinweg 18, Dresden, Nr. 521 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Nonpareille-
zeile 20 Pf., die 90 mm breite Beilagezeile 200 Pf., für auswärtige
Abnehmer 25 Pf., und 250 Pf. Familienanzahlungen, Stellen- und Mit-
telungen 40 Pf., Anzeigenteil für Vertriebsunterstützung 10 Pf.

Nr. 171

Dresden, Dienstag den 24. Juli 1928

39. Jahrg.

Die Wiener Rundgebungen

In Wien ist ein bürgerliches Sängerevent zu Ende gegangen, das uns nichts angeht, wenn es nicht gleichzeitig zu einer Kundgebung für die kulturelle Zusammengehörigkeit der Deutschen aller Länder geworden wäre. In einem 8 Stunden dauernden Festzug, der der Stadt Wien einen Tag lang kein Gepräge gab, marschierten Gruppen aus Gebieten, in denen deutsche Minderheiten unter fremder Verwaltung oder fremder Willkür herrschen. Da marschierten Gruppen aus dem Rheinland, der Rheinpfalz, dem Saargebiet und Männer aus Südtirol. Ein Heer von etwa 80000 Sängern marschierte unter den Fahnen schwarz-rot-gold, die allerdings in Österreich die Farben des nationalen Deutschland sind. Im Wiener Rathaus hielt Reichspräsident Lohse, der Vorsitzender des Deutsch-österreichischen Volksbundes ist, eine Rede, in der er sagte:

Zeichen auch nicht überhören; es wird auch mit uns der Meinung sein, daß der bürgerliche Sängerrummel dem Anschlußgedanken mehr schaden als nutzen dürfte.

Die Aufregung in Paris

P. Paris, 23. Juli. (Eig. Zuspruch.) Die Pariser Aufregung über die Anschlußdemonstration beim Wiener Sängerevent hat sich immer noch nicht gelegt. Zwar unternimmt es heute das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu rechtfertigen, das dem Abschluß der Friedensverträge in allzu willkürlicher Weise verweigert worden sei. Ein großer Teil der Pariser Presse bleibt trotzdem bei ihrer Meinung, daß der Anschluß gleichbedeutend sei mit der Annexion Österreichs und der Bildung eines imperialistischen Großdeutschlands. Welchen Vorwürfen dabei gerade die deutsche Sozialdemokratie ausgesetzt ist, zeigt am besten der heutige Kommentar des Courrier: „Wir gehören nicht zu den Putschgläubigen“, schreibt das Blatt, „aber wir verlangen als erstes die strikte Wahrung der Verträge, wenn ihre Abänderung einen wiedererwachenden Nationalismus begünstigen sollte. Wenn es sich darum handelt, ein geeinigteres Europa zu schaffen, sind wir mit Deutschland, handelt es sich aber darum, ein größeres Deutschland zustande zu bringen, dann sind wir dagegen, und wenn die deutschen Sozialisten nationalisierter sind als die Deutschen, dann ziehen wir ihnen eben die Deutschnationalen vor.“ Die nationalisierende Heftigkeit findet, daß man in Wien viel zu viel von den deutschen Minderheiten gesprochen habe, man könne also voraussetzen, daß die deutschen Sozialisten die Führer der Anschlußbewegung seien und bald sogar Maßregelungen wieder zurückverlangen würden.

Wieder eine Heimweherschickerei

Wien, 23. Juli. (Eig. Drahtber.) Am Sonntag nachmittags kam es während eines Arbeiterfestes in dem Ort Kapfenberg in der Steiermark zu einem blutigen Zwischenfall. Ein Heimwehmann erschien auf dem Festplatz mit dem Heimwehabscheider und benahm sich sehr provozierend. Er wurde aufgefordert, sein Verhalten zu ändern und das Abscheider zu entfernen. Daraufhin zog er einen Revolver und schob blindlings in die Festmenge hinein. Zwei unbedeutende Frauen wurden verletzt. Die eine erhielt einen Schuß in die Schulter, die andere einen Schuß in die Lunge. Beide mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde verhaftet, später aber wieder in Freiheit gesetzt.

Der ausgehöhlte Baft

Alle Antworten auf den amerikanischen Vorschlag eines Kriegsschlichtungspaktes liegen jetzt vor. Da sie alle „zujimmend“ sind, hat das Washingtoner Staatsdepartement sofort erklären lassen, daß die Unterzeichnung so schnell als möglich erfolgen soll. Als Termin wird bereits der 28. August genannt, als Ort der Unterzeichnungszeremonie ist Paris in Aussicht genommen. Im allgemeinen pflegt die internationale Diplomatie nicht so schnell zu arbeiten — man vergleiche nur mit dem Schiedensvertrag der Genfer Abrüstungsverhandlungen — und man wäre zunächst geneigt, sich über diese Fortschritt der Amerikaner zu freuen. Aber diese Eile hat etwas Verdächtigendes. Sie bestätigt nur den Eindruck, den man von vornherein gewonnen hätte, daß es sich um eine Wahlpropaganda-Angelegenheit der Republikanischen Partei von Amerika handelt, die gern vor der großen Kraftprobe Hoover-Smith mit einer sensationellen Friedensgeste renommieren möchte.

Frankreichs Rolle in dieser Affäre war nicht gerade erhabend. Ursprünglich hatte der amerikanische Professor Schottwell dem französischen Außenminister Briand nahegelegt, die Initiative zu einem „Ewigen-Frieden-Vertrag“ zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu ergreifen. Briand griff den Gedanken mit Begeisterung an, weil er sich davon einen moralischen Vorteil für sein Land versprach. Solange die französische Diplomatie glaubte, es würde sich nur um einen rein amerikanischen-französischen Antikriegsvertrag handeln, war sie Feuer und Flamme für diese ebenso billige wie platonische Geste. Als jedoch Washington den Vorschlag Briands aufgriff und auf alle Großmächte erweitern wollte, da wurde Paris auf einmal erheblich fähler. Aber es konnte nicht mehr Nein sagen, und während das amerikanische Staatsdepartement die Sache nun auf dieser neuen, erweiterten Basis weiter betrieb, kam Frankreich nach Vorbehalten. Doch es an seine Verpflichtungen aus der Völkervereinbarung und aus den Verträgen von Locarno erinnerte, war berechtigt. Bedenklicher war der Hinweis auf seine sonstigen Verträge — gemeint sind die Allianzen mit den Staaten der Armen Entente und mit Polen — die zwar beim Völkerverbund registriert sind, von denen aber keineswegs sicher ist, daß sie dem Geist des Völkerverbundes entsprechen. Sehr befremdend war endlich der betonte Vorbehalt, daß die Unterzeichner des Kriegsschlichtungspaktes das Recht zur Selbstverteidigung behalten sollten, wobei jeder Staat auf eigene Faust darüber entscheiden könne, ob er zu kriegerischen Maßnahmen berechtigt ist.

„Man man auf die Dauer einem Siebzehn-Millionen-Volk verbieten, was jedem anderen Volk erlaubt wird? Schonung wie die italienische Einigung oder die Einigung der angelsächsischen Völker verhindert werden konnte, wird man verweigern können, daß das deutsche Volk sich das Selbstbestimmungsrecht erteilt.“ Herr Benck und Herr Wankowitsch, wenn Sie dem deutschen Volk das Recht bestreiten, dann sagen wir Ihnen: Sie verstehen damit die Magna Charta ihrer eigenen nationalen Entfremdung!

Die französische Presse — von den Trabanten Mussolinis ganz abgesehen — ist über die Kundgebung erschrocken, und die französischen Rationalisten betonen das Erwünschte, um ihr Schicksal zu sichern. Die Wiener Vorgänge sind ihnen gerade gut genug, um damit die Bewegung der Rheinlandbesetzung zu rechtfertigen, und auch ein Teil der französischen Linkspresse äußert sich gegen die Kundgebung. Was die Haltung der Sozialdemokratie angeht, so stimmen die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie in der Frage des deutsch-österreichischen Zusammenwachsens völlig überein, und Lohse hat nicht nur für die deutsche, sondern auch für die österreichische Sozialdemokratie mit diesen Sätzen gesagt, was der sozialistische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker entspricht. Österreich kann heute wirtschaftlich nicht leben und nicht sterben, und wenn ein Anfall an ein anderes Land das amputierte und unheilbar ökonomische Gebiet retten kann, dann ist doch wohl der Anschluß an Deutschland das Gegebene. An diesen Gedanken werden sich die Nationalisten aller Länder im Laufe der Zeit gewöhnen müssen, wenn gleich wir Sozialdemokraten wissen, daß bei der jetzigen geistigen Verfassung Europas für absehbare Zeit an den Zusammenstoß nicht zu denken ist. Unseren Sozialdemokraten und ihrem nationalisierenden Geschrei jedoch ist es zu danken, wenn es jetzt den Gleichgültigen in den Entente-Ländern möglich ist, aus dem deutsch-österreichischen Verlangen nach Zusammenwachsen einen europäischen Popanz zu machen.

Wie wenig der deutschen Reaktion überhaupt darauf achtet, daß sich die Sozialdemokraten zu den Anwälten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker machen, ist aus unserer internationalen Presse zu ersehen. Sie schwärzt Lohses Reden einfach tot oder tut sie mit nichtsagenden Bemerkungen ab. Ihre Leser dürfen nicht erfahren, daß sich Sozialdemokraten, wie der Wiener Bürgermeister Seitz und Gewerkschafter (auch Seering war anwesend), für eine nationale Forderung der zwei Völker eingesetzt haben. Der Zeitungsführer Hugenberg hat nach ein Uebrißes getan. Sein Wiener Vertreter berichtete in Hugenbergs Blättern, daß die Sozialdemokratie die „einzige Gegnerin“ des deutsch-österreichischen Anschlusses sei. Wenn man so drauflos läßt, kann man doch nicht am nächsten Tage die Rede Lohses bringen, zumal so die nationalisierende Fehle gegen die Sozialdemokratie als einzige Agitationsmittel der Reaktion gegen die Sozialisten ist — in Deutschland und in Österreich wie in Frankreich und anderen Entente-Ländern.

Bei der Kundgebung wurde Bundeskanzler Dr. Seipel vermißt, und damit zeigt sich auch der Miß, der auch in dieser Frage zwischen der Sozialdemokratie und den Verantwortlichen der blutigen Wiener Juli-Tag von 1927 besteht.

Was im Sängerrummel überhört wird!

Das Berliner Tageblatt brachte kürzlich folgende ziemlich nötige Erinnerung:
Am 15. Juli 1928, an dem Sonntag ein Jahr nach dem ersten Freitag, sind in Wien 100000 deutsche Sängerverbände, höchst musikalische und höchst elementare Feiern des kommenden Anschlusses, in dem allein Österreich die Rettung bringt. Aber wenige Wochen vorher hat der oberste Heimwehführer Lohse bei einer Parade über Tausende seiner Getreuen gesprochen: „Aber mit dem Anschluß würde das Geschick des Österreichs“ aus dem Völkerverbund herausgeschmissen werden. Und diese Rede darauf hat der Nationalrat Deutschlands am 15. Juli 1928, an dem Tag der Unterzeichnung des Völkerverbundes, erwidert: „Die Arbeiter hätten ein Recht, auf ihre Vertretung bedacht zu sein. In dem frühlichen Völkerverbund des Sängerevents sollte die Welt solche Zeichen nicht überhören.“

Das sozialistische Proletariat Österreichs wird diese

behalte zu eigen gemacht und nach einen weiteren Vorbehalt hinzugefügt: die Handlungsfreiheit Großbritanniens darf nicht beeinträchtigt werden, sofern „wissenschaftliche“ in Frage kommen, deren Wohlfahrt und Unwertigkeit ein besonderes Interesse für den Frieden und die „Sicherheit“ des Britischen Reiches bilden. Mit dieser Anweisung auf Ägypten, Gibraltar, Indien usw. hat England aus Anlaß des skandalösen Vordringens eine eigene Monroe-Doktrin aufgestellt, die es nun von allen anderen Baftteilnehmern bestätigen lassen will. Es konnte sich diesen Schwachsinn um so mehr leisten, als das gerade der höchste Punkt der Amerikaner selbst ist: denn die Washingtoner Regierung ging bei ihrem Vorschlag davon aus, daß sie volle Handlungsfreiheit zum Kriegsführen auf dem amerikanischen Kontinent behalten würde; nur daß sie Kanonenschiffe und Bombenabwürfe in Nicaragua als „Polizeiaktionen zum Schutze der amerikanischen Bürger“ bezeichnet.

Der einzige Staat, der dem Kriegsschlichtungspakt wirklich vorbehaltlos zugestimmt hat, ist Deutschland, dessen bloßer Hinweis auf die Pflichten und Rechte aus dem Völkerverbundstatut eine Selbstverständlichkeit war. Alle übrigen Mächte haben sich teils die französische, teils die englische Auslegung zu eigen gemacht. Viel bleibt demnach von dem ursprünglichen Baftgedanken nicht übrig. Dennoch erklärt sich die amerikanische Regierung für höchst befriedigt, und sie drängt auf Abschluß! Offenbar befürchtet sie, daß eine längere Frist neue Heberlegungen und neue Vorbehalte zur Folge haben könnte und daß dann die Republikanische Partei vor der Präsidentenwahl im November anstatt einen außenpolitischen Renommiererefolg eine außenpolitische Lamage buchen würde.

Der internationale Sozialismus steht dieser ganzen Angelegenheit kritisch und feindselig gegenüber. Dennoch wird er dafür eintreten müssen, daß der Entwurf unterzeichnet wird. Denn ein Scheitern der ganzen Aktion würde von den Rationalisten und Militaristen aller Länder als Vorwand für eine neue Rüstungspropaganda benutzt werden. Umgekehrt müssen wir verlangen, daß der Kriegsschlichtungspakt zum Ausgangspunkt einer großzügigen Abrüstungsaktion gemacht werde.
Ein wichtiger Punkt bleibt zur Zeit noch offen. Welche Mächte werden das Recht erhalten, dem Baft beizutreten? Amerika scheint sich mit dem Gedanken zu tragen, allen Mächten den Beitritt zu gestatten. Schon im Laufe der Verhandlungen hat aber England einen unüberwindlichen Einspruch gegen eine Zustimmung so wie je-

England hat sich in seiner Antwort alle diese Vor-